



Piräus

Chinas Präsident Xi Jinping (I.) und Griechenlands Premier Kyriakos Mitsotakis besuchen den chinesischen Containerhafen, mitten in der EU



#### Montenegro

Mit chinesischen Krediten und Ingenieuren baut der gebirgige Mini-Staat eine Autobahn von der Adria nach Serbien – und nimmt dafür hohe Verschuldung in Kauf



Karlsruhe

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) kooperiert mit diversen Forschungseinrichtungen in China, unter anderem in der Bio- und Nanotechnologie

ls Jin Yao und Zo-

ran Jovanovic im

September vori-

gen Jahres ein-

trächtig über Bel-

grads guirligen

Altstadtboulevard

Knez Mihajlova



**Peking** 

Die E-Klasse aus dem Daimler-Werk in Peking: China ist der wichtigste Markt für deutsche Autobauer. Geely und BAIC halten 15 Prozent am Unternehmen

Milliarden Dollar

will China im

Zusammenhang

mit der "Neuen

Seidenstraße"

in 68 Ländern

investieren

# Der europäische Teil der "Neuen Seidenstraße"

Infrastruktur für Osteuropa Vor allem im Westbalkan beteiligt sich China am Bau von Straßen, Brücken, dem Schienennetz und Kraftwerken, Das Geld für die Proiekte kommt u. a. von der Export-Import Bank of China (Exim)



patrouillierten, rieben sich selbst viele der chinesischen Touristen verwundert die Augen. Ein Polizist aus China in Uniform auf Streife mitten in einer europäischen Hauptstadt? Da muss ein Selfie her! Zwei Monate später erschütterte Maschinengewehr- und Granatfeuer die Gemeinde Smederevo, 50 Kilometer von Belgrad entfernt. Wieder waren chinesische Sicherheitskräfte beteiligt, diesmal eine Anti-Terroreinheit aus der Provinz Henan, die in einer Stahlfabrik mit ser-

bischen Elitepolizisten eine Geiselbefrei-

ung übte. Auch die Fabrik ist chinesisch,

sie gehört der staatlichen Hesteel Group,

einem der weltweit größten Stahlunter-

China sei nicht nur ein strategischer Partner, sondern auch ein Bruderstaat, kommentierte Innenminister Nebosja Stefanovic die Sicherheitskooperation zwischen dem EU-Beitrittsland und dem autoritär regierten Riesenreich, das seine Spezialeinheiten auch gegen Oppositionelle in Hongkong oder gegen angebliche Terroristen in der Uigurenprovinz Xinjiang einsetzt. "Serbien lernt von einem Staat der größer und stärker ist", schwärmte Stefanovic.

Die Polizeioperationen in dem Balkanland sind jüngste Beispiele im weit gefächerten Repertoire, mit dem sich China immer mehr Einfluss in Europa verschaffen will. Auch in italienischen Touristenorten wie Rom, Venedig oder Padua patrouillieren schon seit vier Jahren chinesische Polizisten gemeinsam mit ihren örtlichen Kollegen. Man kann das als legitime Zusammenarbeit zum gegenseitigen Verständnis betrachten oder aber als einen weiteren besorgniserregenden Versuch

Chinas, in gesellschaftlich sensible Bereiche des Westens vorzudringen.

Die Wissenschaftlerin Mareike Ohlberg, Autorin eines viel beachteten Buches mit dem Titel "Die lautlose Eroberung" untermauert darin eher die zweite Version. "Nachdem die Kommunistische Partei Chinas Europa lange Zeit als im Wesentlichen irrelevanten Juniorpartner der USA betrachtete, hat

Peking in diesem Kontinent mittlerweile ein wertvolles Ziel erkannt", sagt sie. Indem es Europa auf seine Seite ziehe, versuche China, sein eigenes Gesellschaftsmodell zu propagieren.

Unter europäischen Politikern sieht Ohlberg, Expertin im Asien-Programm des German Marshall Fund, eine gewisse Naivität im Umgang mit China, etwa in der Annahme, dass China nur an florierender Wirtschaftskooperation interessiert sei. Die Wissenschaftlerin fordert: "Wir sollten

endlich anfangen, die Ziele der Partei, die sie ja auch öffentlich macht, ernst zu nehmen."

Doch das ist leichter gesagt als getan. Bisher hat es den Europäern an einer gemeinsamen Strategie gegenüber dem gefräßigen Drachen gefehlt. Ob sie noch während der ab Juli beginnenden halbjährigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft zustande kommt, ist nicht sicher. Ein EU-China-Gipfel, mit dem Kanzlerin Angela Merkel im September das neue

> China-Konzept krönen wollte, ist verschoben. Zu unterschiedlich unter anderem die Vorstellungen über ein Investitionsschutzabkommen, das westlichen Unternehmen endlich faire Wettbewerbsbedingungen auf dem chinesischen Markt sichern soll.

## Die Schnäppcheniäger

Die Corona-Krise und die zunehmenden Spannungen zwischen Chinesen und Ame-

rikanern aber machen klar, dass die Europäer noch weit grundsätzlichere Fragen mit China klären müssen. Wie soll man mit einem Land umgehen, das Fakten und Meinungsfreiheit unterdrückt, in dem aber im nächsten Jahrzehnt ein Drittel des globalen Wachstums erwirtschaftet wird? Wie soll man einem zentralistisch geführten Staat begegnen, der sich nicht scheut, ökonomische Abhängigkeiten auszudehnen und zunehmend als Druckmittel zu nutzen?

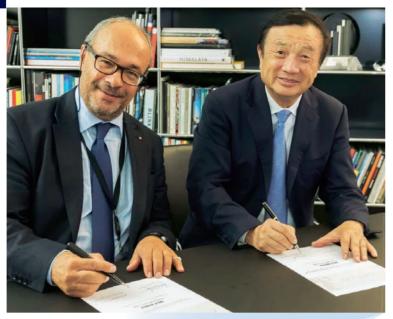
nehmen.

31 FOCUS 25/2020 FOCUS 25/2020





Im März kommen chinesische Ärzte nach Italien, um – öffentlichkeitswirksam – das Gesundheitssystem des Landes in der Corona-Krise zu unterstützen



Wetzlar

Huawei-Chef Ren Zhengfei und der Leica-Aufsichtsratsvorsitzende Andreas Kaufmann gründen 2016 das Forschungszentrum Max Berek Innovation Lab

Chinesische Unternehmen und Investoren versuchen schon lange, sich in deutsche Konzerne einzukaufen. So hält der Autobauer Geelv 9.96 Prozent der Aktien an Daimler, der heimische Konkurrent BAIC fünf Prozent. Von beiden heißt es immer wieder, sie würden ihre Anteile gern aufstocken. Der Maschinenbauer Kuka wurde komplett geschluckt.

Seit Beginn der Corona-Pandemie sondieren die Chinesen verstärkt Beteiligungen an Pharma -und Biotechnolo-



Zhao Tingyang, Professor an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften

giefirmen. "Das Interesse ist sprunghaft gestiegen", sagt der Chef eines noch jungen Biotech-Unternehmens, der anonym bleiben will. Mehrmals hätten chinesische Investoren bei ihm angefragt. sagt der Firmenchef. Es gehe um Beträge im zwei-

stelligen Millionenbereich. "Aber ich hole mir keinen chinesischen Investor in die Firma. Das ist mir einfach zu gefährlich."

Der Chef des Bundesverbands der mittelständischen Wirtschaft, Mario Ohoven. fürchtet sogar eine chinesische Übernahmewelle. Vielen Mittelständlern drohe wegen der Pandemie die Insolvenz, warnte er kürzlich. Zum Schutz dieser Unternehmen "vor dem Verkauf insbesondere an chinesische Schnäppcheniäger ist ein befristetes Übernahme-Moratorium der Europäischen Union dringend nötig". mahnte der Verbandschef.

Während China in Westeuropa gezielt auf der Suche nach Industrieperlen ist, um bis 2025 zum Welttechnologieführer aufzusteigen, kauft es in Ost- und Südosteuropa Zink- und Kupferminen, Stahlwerke oder Chemiefabriken. Vor allem aber baut Peking dort an seinem außen- und wirtschaftspolitischen Lieblingsprojekt, der "Neuen Seidenstraße": Es finanziert Eisenbahnen wie die Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Belgrad und Budapest oder Kraftwerke wie das im bosnischen Tuzla, um Transport- und Energieversorgungskorridore zu schließen. In Montenegro dient ein chinesischer 900-Millionen-Dollar-Kredit zum Bau einer Autobahn von der Adriaküste durchs Gebirge nach Serbien. Er trieb die Verschuldung um bis zu 13 Prozentpunkte in die Höhe. Sollte der Mini-Nato-Staat den Kredit nicht mehr bedienen können, stünde China als Ausgleich sogar Land zu. Dazu finanziert Peking Thinktanks und Lehrstühle wie in Budapest oder Prag, die das Seidenstraßen-Projekt propagandistisch begleiten sollen. Einen ähnlichen Auftrag haben auch die Konfuzius-Institute, die weltweit in den vergangenen Jahren aus dem Boden schossen.

### Der Kopf des Drachens

In Tschechien landete ein Investor einen Coup der besonderen Art: Die staatliche Finanzierungsgesellschaft CITIC übernahm mehrheitlich die Medea-Gruppe. Teil eines großen Medienunternehmens, zu dem auch die Zeitschrift "Tyden" und Barrandov-TV gehören. Den Deal unterstützte der Chefberater des chinafreundlichen Präsidenten Milos Zeman.

Als Chinas Staatschef Xi Jinping im November vorigen Jahres mit dem neuen griechischen Premier Kyriakos Mitsotakis den Hafen von Piräus besuchte, trug dessen Gattin Mareva Grabovski eigens den Mantel einer Shanghaier Designerin. Die öffentliche Aufmerksamkeit übertraf laut Augenzeugen selbst iene für die Abschiedsvisite Barack Obamas in Athen. Während des Staatsdinners hing Griechenlands sonst so zerstrittene politische Elite vereint an den Lippen des Chinesen.

Denn Xi hat das Land der Götter als Chinas Tor zu Europa auserkoren. Von Piräus aus verschiffen Tech-Firmen wie ZTE oder Huawei ihre Produkte. In der maritimen globalen Versorgungskette spielt der Hafen eine zentrale Rolle. 2009 leaste die staatliche Schifffahrtsgesellschaft COSCO dort den ersten Terminal. Jetzt ist der gesamte Hafen COSCO-Gebiet. Für 800 Millionen Euro soll er weiter ausgebaut werden, mit Hotels, Lagerflächen und neuen Terminals. Piräus sei der "Kopf des Drachen", sagte Xi bei seinem Besuch in blumigen Worten.

Aber selbst Kritiker müssen zugeben. dass sich die Piräus-Investition für Griechenland lohnt und andere Kooperationen nach sich gezogen hat. So richtet die chinesische DeepBlue Technology, die weltweit größte KI-Entwicklungsfirma, zusammen mit der Aristoteles Universität in Thessaloniki ein Innovationszentrum ein. Wer

# **Faktenreport: China in Europa**

China kauft sich in europäische Hightech-Firmen, Versorger und Transport-

unternehmen ein. Für die EU ist das Land der zweitgrößte Handelspartner





und in den

Energiesektor



Versorgungs- 4,2

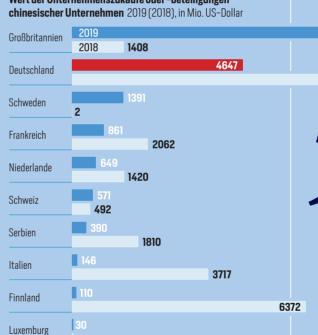
unternehmen





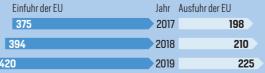
Kaufobjekte Chinas Investitionen sind hoch, aber zahlenmäßig gesunken – eine Folge von Kapitalausfuhrrestriktionen im Land

Wert der Unternehmenszukäufe oder -beteiligungen



**Spekulationsobjekte** Chinesen kauften trotz Brexit besonders häufig britische Unternehmensanteile





Absatzmarkt Für die EU ist Peking der zweitwichtigste Handelspartner – nach den USA. Die Importe überwiegen





Propaganda Seit 2004 baut China weltweit Konfuziusinstitute auf



8414

## Osteuropa

finanziert seine Infrastruktur häufig mit chinesischen Krediten

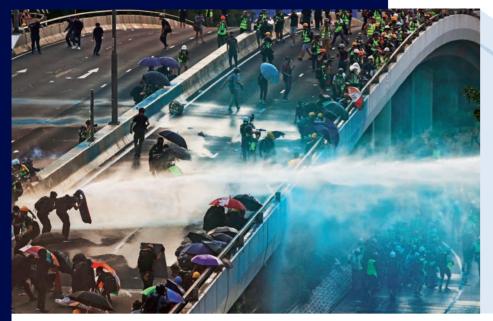
## **FOCUS-Umfrage**

Haben Sie Angst vor zu großem **Einfluss Chinas auf** europäische Unternehmen?



Geteilte Meinung: Gut die Hälfte der Deutschen fürchtet das Riesenreich, die andere nicht

32 FOCUS 25/2020



Hongkong

Nach Chinas Ankündigung eines neuen Sicherheitsgesetzes flammen dort im Mai erneut die Proteste für Demokratie und Menschenrechte auf

**Tausend Dollar** 

pro Jahr dürfen

Chinesen ins

Ausland

exportieren

mehr als 250 000 Euro investiert, erhält eine Eintrittskarte für den Schengenraum. Von den 15 369 "goldenen Visa" bekamen Chinesen bisher den größten Anteil, ebenso von den 5 302 Dauer-Aufenthaltsgenehmigungen. Vor allem im Großraum Athen kauften sie rund 4 000 Immobilien. "Der Erwerb des Hafens von Piräus ist mehr als eine rein ökonomische Angelegenheit", warnt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU). "Wir dürfen solche

Übernahmen, mit denen sich China strategischen Einfluss verschafft, in Zukunft nicht mehr zulassen."

Im vorigen Jahr trat Griechenland der 2012 von Peking gegründeten "16+1"-Initiative bei, der auch elf EU-Staaten aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa angehören. Von manchen in der EU, sagt Pawel Paszak, China-Experte des angesehenen polnischen Thinktanks Warsaw Institute, werde der Wirtschafts-Club

als "trojanisches Pferd" angesehen, der einen Keil zwischen die EU-Staaten treiben solle. Es ist ein Prinzip Pekings, Netzwerke zu schaffen – aber nur solche, die es selber kontrolliert.

Die chinesische Führung ist von der Angst getrieben, die Kommunistische Partei könne wie einst die in der Sowjetunion zusammenbrechen. Sie sei geradezu paranoid, was westliche Einflüsse angehe, sagt Mikko Huotari, Leiter der Mercator-Stiftung für Chinastudien in Berlin. Einflüsse wie westlicher Journalismus und Demokratie. Das eigene Modell, zu dem die digitale Totalüberwachung der Gesellschaft gehört, hält Chinas allmächtiger Staats- und Parteichef Xi Jinping dagegen für überlegen. Passend dazu hat die parteinahe Akademie für Sozialwissenschaften gerade einen theoretischen Unterbau geliefert: Der Philosoph Zhao Tingyang propagiert in seinem Buch "Alles unter dem Himmel" eine neue Weltordnung.

in der Schluss sein soll mit Imperialismus, Demokratie und Pseudogleichmacherei der UN. Stattdessen soll ein wohlmeinender Hegemon der Welt Frieden bringen. Wer das sein soll – daran besteht kein Zweifel. Chinas Aufstieg jedenfalls, findet Zhao, sei im Interesse der ganzen Welt.

### Verführung Italiens

Entsetzt reagierten viele Europäer, als 2019 Italiens Re-

gierung als erster G7-Staat Chinas Locken nachgab und sich der Seidenstraßen-Initiative anschloss. Dahinter steckte ein Mann mit ausgezeichneten Verbindungen nach Peking: Michele Geraci, ein Vertreter der rechtspopulistischen Lega und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Als Investmentbanker hatte er zehn Jahre in China gelebt, nun war er beseelt davon, mit Pekings Hilfe Italien wieder zu neuer wirtschaftlicher Größe zu verhelfen.

Europa erlebt die schlimmste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg – wegen Corona, das offenbar aus China kam. US-Präsident Donald Trump gibt nun Peking die Schuld, wie sehen Sie das?

Wir sollten uns nicht auf ein Blame-Game einlassen. Im Vordergrund muss jetzt die internationale Zusammenarbeit stehen, um effiziente Antworten auf die Pandemie zu finden. Dazu gehört auch die Mitarbeit in der Weltgesundheitsorganisation WHO. Wir brauchen diese Kooperation nicht nur jetzt, in der akuten Phase von Covid-19, sondern auch in Zukunft, wenn es darum geht, Medikamente zu entwickeln oder einen Impfstoff.

Wegen Corona wurde auch der EU-China-Gipfel abgesagt, der im September in Leipzig stattfinden sollte. Ist das die erste große Niederlage der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli beginnt?

Soweit ich weiß, wurde der Gipfel nur verschoben, nicht endgültig abgesagt. Die Bundesregierung prüft alle Optionen, um doch noch einen "echten" physischen Gipfel abzuhalten. Ansonsten gäbe es ja auch noch die Möglichkeit, online miteinander zu sprechen. So ist nun mal leider die neue Realität nach Covid-19.

Zur Realität gehört aber auch, dass die Verhandlungen mit China auf der Stelle treten, etwa beim geplanten Investitionsabkommen. Wie weit sind Sie denn gekommen?

Die Diskussionen laufen noch. Es gibt auf beiden Seiten die Bereitschaft, in diesem Jahr entscheidend voranzukommen. Vor dem EU-China-Gipfel ist deshalb noch ein hochrangiges Treffen geplant. Aber es gibt wichtige Themen, bei denen wir noch nicht am Ziel sind. Dazu gehört die Frage der Reziprozität, also die Gleichbehandlung von Unternehmen aus der EU, und der Marktzugang. Bisher gibt es da eine Asymmetrie, denn Firmen aus China genießen einen leichteren Zugang zu unserem Markt als umgekehrt.

Machen Sie sich Sorgen, dass die EU wegen Corona noch weiter hinter China zurückfällt, wenn es um die New Economy, die Digitalisierung oder 5G geht?

Wenn Sie sich unsere Krisenreaktion anschauen, dann werden Sie sehen, dass wir uns nicht nur um den Wiederaufbau nach der Corona-Krise kümmern. Wir legen auch einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Widerstandskraft der Wirtschaft, den European Green Deal und die Digitalisierung. Wir wollen nach der Krise nicht auf

"Wir haben genug Feuerkraft, um die Krise zu überstehen"

Er war einer der sparsamsten Regierungschefs Europas, nun ist er von der Leyens rechte Hand. EU-Vizepräsident **Valdis Dombrovskis** über das Verhältnis zu China und den neuen europäischen Schuldenkurs



**Retter-Rolle** 

Der ehemalige
lettische Ministerpräsident sanierte
sein Land mit einem
Sparkurs. Nun will
der 48-Jährige in
der EU dafür sorgen,
"dass die Wirtschaft den Menschen dient"

den alten Status quo zurückfallen, sondern wirklich einen Sprung nach vorn machen und die Wirtschaft transformieren. Das eröffnet uns die Chance, dass Europa in einigen innovativen Branchen nicht nur nicht zurückfällt, sondern sogar die Führung übernimmt.

Ist das Recovery-Programm der EU-Kommission groß genug, um einem weiteren wirtschaftlichen Schock standzuhalten – etwa einem Handelskrieg zwischen den USA und China?

Erst mal haben wir es ia bereits mit einem ökonomischen Schock zu tun - nämlich dem. der von der Corona-Krise ausgeht. Darauf konzentrieren wir uns. Bisher haben die EU und ihre Mitgliedstaaten schon rund 3,4 Billionen Euro mobilisiert, das sind ungefähr 25 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU. Das ist eine riesige, nie da gewesene Reaktion - und dabei ist das Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank nicht einmal mit eingerechnet. Auf jeden Fall haben wir genug Feuerkraft, um die gegenwärtige Krise zu überstehen. Und nun kommt auch noch unser Programm "Next Generation EU" hinzu. das sich - wie der Name schon sagt - mehr auf die künftigen Herausforderungen und die wirtschaftliche Erholung konzentriert. Dieses neue Programm ist schulden-

Dieses neue Programm ist schuldenfinanziert. Dabei waren die Bundesregierung und die EU-Kommission bisher strikt gegen neue Schulden. Sie haben Länder wie Italien sogar jahrelang zum Sparen gedrängt – nun bieten Sie Rom plötzlich Milliardenhilfen an. Wie erklären Sie diesen Politikwechsel? Das wirtschaftliche Umfeld hat sich geändert. Hinter uns liegen Jahre ununterbrochenen Wachstums. In diesen guten Zeiten haben wir den Mitgliedsstaaten empfohlen, ihre Defizite zu senken und die Schulden abzubauen. Es stimmt, dass wir deswegen einige schwierige Diskussionen mit Italien hatten. Aber als Ergebnis unserer Gespräche hat Rom seine Politik korrigiert. 2019 lag das Budgetdefizit nur noch bei 1,6 Prozent. Doch nun ist die Lage völlig anders. Wir stecken in einer tiefen Rezession, die auf einen externen Schock zurückzuführen ist – und nicht auf die Fiskalpolitik. Dementsprechend haben

wir unsere Strategie angepasst. Nun geht es darum, die Produktionskapazitäten zu sichern und unsere Unternehmen und die Jobs zu retten.

Wie passt das zu Ihrer bisherigen Politik? In Ihrer Heimat Lettland haben Sie als Ministerpräsident eine harte Austeritätspolitik verfolgt.

**Billionen Euro** 

haben die

Mitgliedstaaten

der EU an

Coronahilfen

mobilisiert

Ich bin ein Anhänger der kontrazyklischen Fiskalpolitik. In guten Zeiten bauen Sie einen finanzpolitischen Puffer auf, den Sie in schlechten Zeiten nutzen. Das raten wir auch den

Mitgliedsländern. Als ich im März 2009 die Regierung in Lettland übernommen habe, steckte das Land in einer zweistelligen Rezession, man hatte schon den Internationalen Währungsfonds zu Hilfe gerufen. Wir hatten schwierige Verhandlungen mit dem IWF, waren von den Märkten abgeschnitten. Deshalb mussten wir das Defizit sen-

ken. Demgegenüber ist Lettland heute mit einer viel besseren Wirtschaftslage in die Krise eingetreten. Das zeigt, wie wichtig es ist, Reformen durchzuführen und ein Polster aufzubauen, um eine Krise zu bewältigen.

Könnte es sein, dass bald ganz Europa ein harter Sparkurs droht? Die Defizite steigen überall, und Ihr Wiederaufbauprogramm endet in drei Jahren.

Es stimmt, dass die Defizite überall nach oben gehen. Und trotz der Aktivierung der generellen Ausweichklausel sind die EU-Staaten weiter angehalten, auf die mittelfristige Tragfähigkeit der Schulden zu achten. Sobald die europäische Wirtschaft zur Normalität zurückkehrt und die Ausweichklausel deaktiviert wird, müssen sich die Mitgliedsstaaten wieder voll an die Bedingungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt halten. Allerdings werden wir dann von einem anderen Defizitniveau starten. Außerdem werden wir abwägen müssen - zwischen der Tragfähigkeit der Schulden und der Notwendigkeit, in den Aufschwung zu investieren. Das wird ein Balanceakt.

Wie wollen Sie die Schulden zurückzahlen?

Eine Option ist, die Tilgung mithilfe der EU-Beiträge zu finanzieren. Dafür müssten wir ab 2028 auch den mittelfristigen Finanzrahmen erhöhen. Eine andere Möglichkeit wäre – und das bevorzugen wir –, die EU durch mehr Eigenmittel zu stärken. Dazu haben wir mehrere Ideen auf den Tisch gelegt wie Erlöse aus dem Emissionshandel oder die geplante neue CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer. Auch die Digitalsteuer oder der alte Vorschlag einer

konsolidierten Bemessungsgrundlagefürdie Körperschaftssteuer kommen in Betracht. Muss Deutschland langfristig die Rechnung für den Wiederaufbau nach Corona zahlen?

Das würde ich so nicht sagen. Denn erstens ist es ja ein zeitlich befristetes Instrument. Und zweitens dient es dazu, den Wiederaufbau in der ganzen EU zu sichern. Davon wird Deutschland auch profitieren, denn es ist wirtschaftlich stark integriert. Man könnte sogar sagen, Deutschland ist

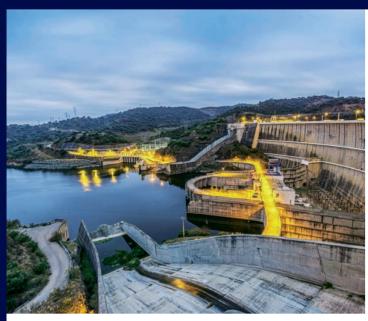
im Zentrum der EU. Außerdem sollten Sie bedenken, dass Deutschland große Handelsbilanzüberschüsse mit dem Rest der EU hat. Es ist deshalb auch in deutschem Interesse, dass es der europäischen Wirtschaft gut geht.

INTERVIEW: ERIC BONSE

35

s: Jorge Silva/REUTERS. Amin Akhtar

FOCUS 25/2020 FOCUS 25/2020



Alqueva

China hat sich nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Portugal in die Energiewirtschaft eingekauft: Das Kraftwerk am Alqueva-Staudamm gehört zu EDP

Prozent pro Jahr

wachsen Chinas

Schulden, deutlich

schneller als die

Wirtschaft



Samara

Bei der Fußball-WM 2018 in Russland tritt China als Sponsor auf: Der chinesische Entertainmentkonzern "Wanda" wirbt auf der Bande

Beinahe scheiterte an der Stimme Roms ein EU-Beschluss, chinesische Investitionen in europäischen Unternehmen künftig einem strengeren Screening zu unterziehen. Inzwischen ist die Lega nicht mehr Mitglied der Regierung, und von den ursprünglich 50 Kooperationsverträgen blieben nur noch 29. Auch in Italien ist mit der Corona-Krise eine kritischere Haltung zu China eingekehrt. Der Sicherheitsausschuss des Parlaments forderte die Regierung auf, künftig strategisch wichtige Unternehmen besser zu schützen.

In Großbritannien reicht der Arm Pekings möglicherweise bis an den Kensington Palace. Nur ein kurzer Spaziergang ist es vom Büro des "Group 48 Club" bis zur Residenz von Prinz William und Herzogin Kate im vornehmen Londoner Westen. Formal gilt der Klub als Verband chinanaher Geschäftsleute, anderen jedoch als Instrument zur Einflussnahme Chinas

in Großbritannien. Zu den Mitgliedern gehören laut Klubseite Tony Blair, Bernie Ecclestone und der ehemalige EU-Handelskommissar Peter Mandelson. Sein Vorsitzender, der Unternehmer Stephen Perry, darf neben Staatschef Xi Platz nehmen und für Fotos posieren – eine Ehre, die selbst Botschaftern selten zuteil wird. Ist Perry ein Handlanger Pekings? Der 72-Jährige streitet das vehement ab. "Wir versuchen, China zu erklären", sagt er. "Soweit ich

sehe, hat Chinas Regierungspartei nur sehr geringen Einfluss auf die britische Elite."

Jetzt zumindest will der britische Premier Boris Johnson eine härtere Linie gegenüber China fahren und sogar ein neues Nationales Sicherheits- und Informationsgesetz vorlegen, das Übernahmen von Unternehmen durch chinesische Investoren erschweren soll. Auch Forschungskooperationen wie die von Huawei mit der Universität Oxford oder dem Imperial College in London. Den Netzwerk-

ausrüster, dem US-Präsident Donald Trump Spionage vorwirft, will Johnson inzwischen sogar möglichst ganz aus dem schnellen 5G-Netz heraushalten.

Doch gerade in der Huawei-Frage zeigt sich, wie schwer es ist, in Europa und in der EU eine einheitliche Meinung zu finden. Denn die nationalen Interessen überwiegen am Ende doch. Polen, Estland, Tschechien und Rumänien unterzeichneten ein Memoran-

dum, nach dem sie sich bei diesem Thema eng mit den USA abstimmen wollen. "Die Osteuropäer werden die höheren Ausbaukosten des 5G-Netzes in Kauf nehmen, um den Verbündeten in Washington nicht zu vergrätzen", sagt der Warschauer Wissenschaftler Paszak. Vor allem Polen fürchtet, die USA könnten ihre Soldaten aus dem Land abziehen. "Schließt dagegen Berlin Huawei vom Aufbau des 5G-Netzes aus", glaubt Paszak, "kann Peking Hürden für

deutsche Autobauer errichten." Deutschland und Frankreich haben sich bislang nicht für einen totalen Ausschluss von Huawei aus ihren Netzen ausgesprochen.

Andererseits würden viele Osteuropäer nach Paszaks Meinung ihre guten Beziehungen zu China nicht wegen Menschenrechtsfragen riskieren. "In Polen oder Ungarn ist der Kampf um Autonomie in Hongkong ein sehr exotisches Problem." Schon 2019 weigerte sich Ungarns Regierungschef Viktor Orban, eine EU-Resolution zu Menschenrechtsverletzungen im Reich der Mitte zu unterzeichnen.

### China bekämpfen oder gehängt werden?

Der Leiter der China-Delegation im Europaparlament, Reinhard Bütikofer (Die Grünen/EFA), zitiert angesichts dieser Situation Benjamin Franklin, einen der Gründerväter der USA: "Entweder wir hängen zusammen, oder jeder von uns wird allein gehängt." Entweder die EU schaffe es, ihre Interessen und Werte gemeinsam zu verteidigen, oder jedes Land gerate allein ins Visier der Chinesen. "Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es um einen Kampf der Narrative geht, und dürfen nicht sagen: Uns kann ja keiner."

Immerhin einigte sich die EU jetzt auf ein Hilfspaket für Serbien und den übrigen Balkan. 3,3 Milliarden Euro soll er bekommen – für die gesundheitliche und wirtschaftliche Bewältigung der Corona-Pandemie. "Wegen der besonderen Verantwortung", betonte Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Den Chinesen will man das Feld nicht völlig kampflos überlassen.



Die digitale Zukunft ist jetzt

36 FOCUS 25/2020